

Number 113 / 2022

Working Paper Series

by the University of Applied Sciences BFI Vienna



Perspektiven auf Wohnen: Geschlecht, Einkommen, Migrationsbiografie im Kontext der Internationalen Feministischen Politischen Ökonomie

November 2022

Stefanie Wöhl
Fachhochschule des BFI Wien

Gefördert von



Wirtschaft, Arbeit
und Statistik

Hinweis des Herausgebers: Die in der Working Paper Serie der Fachhochschule des BFI Wien veröffentlichten Beiträge enthalten die persönlichen Ansichten der AutorInnen und reflektieren nicht notwendigerweise den Standpunkt der Fachhochschule des BFI Wien.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Ein intersektionaler Zugang zu Wohnraum und leistbarem Wohnen.....	4
3	Status von Frauen und Alleinerziehenden	6
4	Migrationsbiografie und Wohnen in Wien	8
5	Ansätze der internationalen feministischen politischen Ökonomie zu Verschuldung von Haushalten ...	10
6	Schlussfolgerungen	11
7	Literaturverzeichnis.....	12

Abstract

Im diesem Working Paper wird der Zugang zu leistbarem Wohnraum aus einer intersektionalen Perspektive untersucht. Dabei werden besonders die Strukturkategorien Geschlecht und Migration analysiert und anhand aktueller verschiedener sozioökonomischer Entwicklungen aufgezeigt, inwiefern besonders Alleinerziehende und Menschen mit Migrationsbiografien von mangelndem leistbarem Wohnraum betroffen sind. Abschließend werden diese Entwicklungen aus der theoretischen Perspektive der feministischen internationalen politischen Ökonomie bewertet und in internationale Entwicklungen von Kreditvergaben und Verschuldung eingeordnet.

1 Einleitung

Politik für leistbares Wohnen ist immer auch Geschlechterpolitik, und der Zugang zu leistbarem Wohnraum hängt von weiteren diversitätsspezifischen Merkmalen wie Einkommenssituation, Haushaltsgröße, Migrationsbiografie, Gesundheitsstatus, Alter und weiteren Kategorien sozialer Differenzierung ab. Diese vielfältigen Merkmale und Kategorien haben somit Einfluss sowohl auf die Stadtentwicklung als auch die soziale Zusammensetzung von Nachbarschaften und somit die Lebensqualität einer Stadt und von spezifischen Wohnvierteln. Abgesicherte Wohnverhältnisse wirken sich direkt auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus und können gegen weitere Unsicherheitsfaktoren eine wesentliche Rolle einnehmen. Insofern deckt die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum in Städten und Gemeinden Primärbedürfnisse von Menschen ab: sich sicher fühlen, einen Rückzugsraum sowie Zeit für Erholung und Freizeit haben, ausreichend Schlaf zu bekommen und sich selbst körperlich unversehrt, sauber und gesund zu erhalten sowie alle Formen der sozialen Reproduktion (SR) zu praktizieren. Für all das ist ausreichender und leistbarer Wohnraum eine Grundvoraussetzung. Im Folgenden sollen die unterschiedlichen sozialen Kategorien zu den verschiedenen Wohnformen in Wien ins Verhältnis gesetzt werden, unter Berücksichtigung der Inflation im Jahr 2022 sowie Wohnkosten- und Energiepreissteigerungen. Daran anschließend sollen unter Bezugnahme auf die internationale feministische politische Ökonomie notwendige Veränderungen der aktuellen Wohnsituation verschiedener Bevölkerungsgruppen und deren Finanzierung aufgezeigt werden.

2 Ein intersektionaler Zugang zu Wohnraum und leistbarem Wohnen

In der feministischen politischen Ökonomie wird soziale Reproduktion als all das verstanden, was Menschen für ihren alltäglichen Lebenserhalt brauchen: Sich zu pflegen, die Möglichkeit, Essen zuzubereiten, den Haushalt zu führen, also zu kochen, zu putzen und Wäsche zu waschen als auch nachbarschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten gehört dazu und hängt im Wesentlichen mit den oben bereits genannten Diversitätsfaktoren zusammen (Bakker/Gill 2003; Rai/Hoskyns 2007). Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 sind aber vor allem auch in Staaten der Europäischen Union Austeritätsmaßnahmen vorangetrieben worden, die den Grundbedürfnissen von vielen Menschen entgegenstehen und zu Delogierungen z. B. in Irland, Spanien oder Griechenland geführt haben, weil Immobilienkredite nicht mehr bedient werden konnten. Auch wenn Österreich in diesem Kontext hinsichtlich des Wohnungsmarktes nicht gravierend betroffen war, so sind doch auch hier Prozesse der Vermarktlichung und somit der Privatisierung und Finanzialisierung in den letzten zehn Jahren zu beobachten, die vor allem das Segment der sogenannten „Vorsorgewohnungen“ betreffen (Aigner 2020). Die Ausdehnung dieser Anlageform für Privatvorsorge ist einem einkommensstarken Bevölkerungsanteil vorbehalten, der diese als alternative Strategie zu weiteren Anlageformen betrachtet (Kadi 2015; Aigner 2020). Zumal die Zinsentwicklung das klassische Sparbuch unattraktiv gemacht hat und es im Zuge von Preissteigerungen im Energiesektor und der Lebensmittelbranche Ende 2022 zu weiteren inflationären Entwicklungen kommt, die wiederum auf den Immobilienmarkt starke Auswirkungen haben. Durch steigende Kreditzinsen werden z. B. variabel laufende Kredite zu einer weiteren Verschuldung von Privathaushalten führen und private Immobilienkäufe vermutlich noch unleistbarer werden, als sie es in den Jahren seit 2008 für junge Kreditnehmer:innen aber auch weite Teile der sogenannten Mittelschicht schon waren. Von daher kann Eigentum das Problem der Finanzialisierung nicht lösen, sondern verstärkt es sogar.

Allein der Immobilienmarkt in Wien hat seit 2008 eine kontinuierliche Preissteigerung erfahren, womit Prozesse der Finanzialisierung des Wohnraums vorangetrieben wurden (Springler/Wöhl 2020; Kadi 2015). Seit dem 4. Quartal 2020 sind österreichweit zudem die Immobilienpreise pro Jahr um 12,3 % im Durchschnitt gestiegen.

Durch die mit um die 8,9 % hohen Inflationsraten im 4. Quartal des Jahres 2022, ausgelöst u. a. durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und damit zusammenhängende globale Lieferkettenprobleme von Öl und Gas, ist die Frage nach leistbarem Wohnraum virulenter als je zuvor. In der aktuellen Situation ist auch in Österreich zu beobachten, dass Sozialmärkte an ihre Versorgungsgrenzen stoßen und dass Alleinerziehende und einkommensschwache Haushalte, die durch weitere Diversitätsaspekte geprägt sind, eine Verschlechterung der Lebens- und Wohnsituation erfahren (AK OÖ 2022).

Mietstundungen, die seit 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie gewährt wurden, laufen aus, und mit einer Erhöhung von Wohnraumverlust für vulnerable Bevölkerungsgruppen in Form von Delogierungen ist zu rechnen. Initiativen wie „Housing First“, die Wohnraum für wohnungslose Menschen bereitstellen, berichten überdies, dass das Grundbedürfnis nach Wohnen auf weitere Faktoren abstrahlt: Wohnraum stellt eine Sicherheit dar und ermöglicht es erst, weitere Herausforderungen in einer schwierigen Lebenssituation anzugehen, z. B. die Jobsuche verstärkt aufzunehmen, den eigenen Gesundheitszustand zu verbessern und soziale Beziehungen auszubauen (Fabian et al. 2020). Wohnen und Wohnraum sind aber, wie die internationale Forschung belegt, vor allem in den letzten Jahren nicht leistbarer geworden. Im Gegenteil: Die Arbeitseinkommen und Nettolöhne sind nicht in demselben Ausmaß gestiegen wie die privaten Mieten oder die Kosten für Wohnraumerhaltung. Besonders von diesem Missverhältnis betroffen sind Niedriglohnverdiener:innen, die prozentual 39 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum ausgeben (Altzinger/List 2020).

In Wien und anderen österreichischen Städten werden bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus weitere Kosten für Wohnraumsanierung anfallen – z. B. durch die Umstellung von Gas auf Fernwärme sowie die Dämmung und Mehrfachverglasung in Altbauten. Wohnraum in Wien weist ferner eine hohe Diversität auf: von alten Bestandmietverträgen, gefördertem Wohnbau und Gemeinde- sowie Genossenschaftswohnungen bis hin zu privaten Neubauprojekten und sogenannten Kategorie-A-Mieten mit Nähe zu notwendiger Infrastruktur (wie z. B. öffentlichem Personennahverkehr), die von Preissteigerung derzeit besonders betroffen sind (siehe unten). In den letzten Jahren sind sogenannte ‚Wohnprojekte‘ hinzugekommen, bei denen private Bauträger aus einer meist gutverdienenden Bevölkerungsschicht mit dem Wohnbau beauftragt werden. Die Stadt Wien selbst hat die Schaffung von 10.000 neuen kommunalen Wohnungen bis 2026 in Angriff genommen und baut in Stadtentwicklungsgebieten wie dem Nordbahnhofviertel, dem Nordwestbahnhof oder in der Seestadt u. a. neue geförderte Wohnungen.

In diesem Setting spielen Merkmale wie Alter, Einkommen, Geschlecht, Herkunft, Gesundheit und weitere Kategorien sozialer Stratifizierung eine wesentliche Rolle. Im Folgenden soll entlang zweier ausgewählter Kategorien die Leistbarkeit von Wohnraum exemplarisch dargestellt werden und erläutert werden, welche Faktoren für die Stadtentwicklung anhand dieser Merkmale bei politischen Entscheidungen besondere Berücksichtigung finden sollten.

3 Status von Frauen und Alleinerziehenden

Die Covid-19-Pandemie hat erneut deutlich gemacht, dass Frauen in Krisenzeiten immer mehrfach belastet sind, was auch die internationale Forschung bestätigt. Frauen sind disproportional stark betroffen, da sie oft unentgeltliche Arbeit im Privathaushalt zusätzlich übernehmen und für die Soziale Reproduktion (SR) verantwortlich sind (Six et al. 2021).

Einsparungen im öffentlichen Sektor treffen vor allem Frauen. Im Bereich Handel und Gesundheitsversorgung – sei es in der Pflege, im Supermarkt oder in Krankenhäusern – wurden Frauen in entsprechenden Berufen während der Pandemie mehrfach belastet (Adams-Prassl et al 2020; Alon 2020). Kurzarbeit und eine Reduzierung der Erwerbsarbeit haben zudem einen negativen Effekt auf spätere Pensionsleistungen: In vielen Wohlfahrtsstaaten werden Frauen in den Systemen sozialer Absicherung bereits dadurch benachteiligt, dass sie die Norm einer lebenslangen Vollzeitbeschäftigung nicht erfüllen. Beispielsweise arbeiten in Österreich 49,6 % der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, und Frauen sind in erster Linie von Verlängerungen der beitragsfreien Pensionsanrechnungszeiten betroffen.

Unentgeltliche soziale Reproduktionsleistungen wurden sowohl in der Finanz- und Wirtschaftskrise als auch der Covid-19-Pandemie vorausgesetzt, aber nicht für die Berechnung der Wirtschaftsleistung eines Landes herangezogen. Das Voranschreiten der Dekommodifizierung, also eine größere Unabhängigkeit vom Arbeitsmarkt bei sozialer Gleichstellung, wäre demnach besonders für Frauen relevant. Das Gegenteil jedoch passiert: Vermarktlichungsprozesse durchziehen alle westlichen Wohlfahrtsstaaten z. B. in der Rentenversicherung durch Teilprivatisierungen, in der Gesundheitsversorgung, in der Altersvorsorge, etc. Um hier zu stabilisieren und der geschlechtsspezifischen Segregation entgegenzuwirken, müsste unbezahlte Arbeit sichtbar gemacht und im BIP berücksichtigt werden. Ohne diese Maßnahmen besteht weiterhin eine geschlechtsspezifische kulturelle Ordnung und es wird zur Tradierung von Normen von Vollzeitarbeit in den Systemen sozialer Sicherung und damit auch zum Gender-Pay-Gap weiter beigetragen (17,1 % in AT 2022).

Diane Elson hat in diesem Zusammenhang vor langanhaltendem persönlichem Ressourcenverbrauch („social depletion“) in der internationalen sozialen Reproduktion gewarnt.

„Households often adjust in reaction to economic downturn by using unpaid labour to replace services that had been purchased in markets before the crisis.“ (Fukuda-Parr et al 2013: 22)

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 ff. und die Covid-19-Pandemie haben innerhalb der Europäischen Union zu Wohnraumverlusten und Mietsteigerungen geführt. In Österreich sind bereits vor der Covid-19-Pandemie vom Jahr 2019 auf 2020 die Nettomieten um 4,1 % gestiegen (vgl. AK 2022a), und im Jahr 2022 sind die ausgesetzten Richtwert- und Kategoriemieten um 5,85 % bzw. 5,47 % angehoben worden. Bis Dezember 2022 werden es insgesamt drei Erhöhungen bei den Kategoriemieten gewesen sein, die viele Mieter:innen jetzt bereits vor massive Probleme stellen, weil die Mieten immer dann angepasst werden, wenn die Inflationsmarke über 5 % steigt. Diese Erhöhungen fallen unter das Mietrechtsgesetz, das für alle privaten Wohnungen im Altbestand gilt, die vor 1945 erbaut wurden, und deren Mietverträge vor dem 01.03.1994 abgeschlossen wurden. Bei den Richtwertmieten für privat vermietete Wohnungen nach dem 01.03.1994 gelten Anpassungsklauseln, die inflationsgebunden sind. Demnach kann es 2023 zu einer massiven Erhöhung entlang der Inflationswerte von 2022 kommen.

Daneben stellen Befristungen für viele Mieter:innen noch immer ein sehr großes Problem dar. Von Seiten der AK wird daher gefordert, dass Versicherungen und Immobilienunternehmen nicht mehr befristet vermieten dürfen. Zwischen 2008 und 2020 sind die Preise bei privat vermietetem Wohnraum um 100 % gestiegen. Der Hauptmietzins für den privat vermieteten Quadratmeter hat sich in diesem Zeitraum um 64 % erhöht – das ist dreimal so viel wie die allgemeine Teuerung. Zudem sind 73 % der Neuverträge bei privat vermietetem Wohnraum befristet, im Vergleich zu 2015, wo der Anteil noch bei 68 % lag (Tockner 2017: 5). Ein Zustand, der vor allem Alleinerziehende besonders hart trifft, wenn sie Mieterhöhungen und steigende Wohnkosten nicht mehr finanzieren können. Befristete Mietwohnungen im privaten Segment sind auch wesentlich teurer als Genossenschafts-, geförderte oder Gemeindebauwohnungen. Obendrein gab es auch in Wien eine Steigerung der befristeten neuen Mietverträge um 28 % im Jahr 2021. Wenn mit der Energiekrise nun auch noch steigende Energiekosten für Heizen etc. aufzuwenden sind, steht dies dem Einkommen von Alleinerziehenden diametral entgegen. Nach Angaben der Mietervereinigung berichten 53 % der befragten Mitglieder im September 2021, von Preissteigerungen sehr stark oder stark betroffen zu sein. 26 % der 1.402 befragten Mitglieder gaben an, dass Haushaltsangehörige Einkommensverluste zu verzeichnen hatten (vgl. AK 2022b).

Besonders alleinerziehende Frauen, die 85 % der Alleinerziehenden in Wien ausmachen, sind hiervon betroffen. Sie sind es auch, die in Niedriglohnbeschäftigung arbeiten (vgl. BMSPGK 2021; Heindl 2020). 50 % der Alleinerziehenden mit geringem Einkommen gaben bereits früher an, sich die Heizkosten wiederholt nicht leisten zu können. Ein wichtiger Faktor für bezahlbaren Wohnraum ist, wie Gabu Heindl in ihrer Studie festhält, dass besondere Maßnahmen für Alleinerziehende ermöglicht werden, die auch die qualitativen Kriterien für Wohnraum berücksichtigen. So ist ein eigenes Zimmer für Alleinerziehende als Rückzugsraum und für die Erholung wichtig. Neubauten in diesem Segment sehen ein separates Zimmer für die alleinerziehende Person aber bisher nicht vor (Heindl 2020). Anhand der folgenden Tabellen lässt sich beispielhaft ablesen, wie sich die Einkommensverteilung insgesamt für Frauen und Männer exemplarisch in den Jahren von 2017 auf 2018 entwickelt hat (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:

Entwicklung der unselbstständigen Aktivbeschäftigung¹ von Frauen und Männern

Veränderungen gegenüber dem Vorjahresquartal, absolut und relativ, für die Jahre 2017 und 2018

Jahr 2017						
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Jahres- durchschnitt	In %
Frauen	+25.700	+27.300	+30.400	+31.500	+28.700	+1,8%
Männer	+35.600	+39.700	+41.900	+43.600	+40.200	+2,1%
Gesamt	+61.300	+67.100	+72.300	+75.000	+68.900	+2,0%

Jahr 2018						
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Jahres- durchschnitt	In %
Frauen	+29.000	+26.500	+21.000	+21.300	+24.500	+1,5%
Männer	+37.500	+30.700	+23.900	+23.900	+29.000	+1,5%
Gesamt	+66.500	+57.300	+44.900	+45.200	+53.500	+1,5%

Anmerkungen:
Ausgewiesene Summen können aufgrund von Rundungen von den rechnerischen Summen abweichen.

¹ Ohne Karenzgeld-bezieher/-innen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis und ohne Präsenzdienr.

Rohdaten:
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Stand Okt 2017.

Datenbasis:
Synthesis-Mikroprognose, Stand Okt 2017.

4 Migrationsbiografie und Wohnen in Wien

Für Menschen, die weniger als zwei Jahre z. B. in Wien wohnen, gibt es nicht die Möglichkeit, sich für eine gemeinnützige oder geförderte Wohnung anzumelden. Voraussetzung dafür ist nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (WWFSG) ein mindestens zwei Jahre lang ununterbrochener Erstwohnsitz in Wien; daneben greifen Einkommensgrenzen sowie eine EU-Staatsbürger:innenschaft oder berechtigter Aufenthalt (wenn aus einem Drittstaat). So kommt es, dass der Anteil an Menschen, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden, im Segment der privaten Mietwohnungen bei 45 % liegt, während diese Personengruppe in Gemeindewohnungen und Genossenschaften jeweils nur 40,6 % und 30 % der Mieter:innen ausmacht. Deutlich wird auch, dass diese Haushalte mehr Miete pro Quadratmeter zahlen; dies zieht sich durch alle Altersgruppen von Menschen mit Migrationsfaktoren und betrifft nicht nur die jüngere Migrant:innengeneration. Aber auch die 15- bis 34-Jährigen aus dieser Gruppe zahlen um die 10 % mehr an Mieten, sowohl im privaten Sektor als auch in Gemeindewohnungen oder Genossenschaftswohnungen, als Menschen ohne Migrationsbiografie. Die 35- bis 49-Jährigen zahlen bereits ein Fünftel mehr, und die 50- bis 64-Jährigen um 28,5 % mehr als Menschen ohne Migrationsbiografie. Der hohe Anteil an befristeten Mietverhältnissen spielt hier einerseits eine wesentliche

Rolle: Wie das Momentum Institut berechnete, leben über 45 % der 15- bis 34-Jährigen in solchen Mietsituationen, und auch in anderen Altersgruppen ist der Anteil hoch. Andererseits wohnen Personen ohne Migrationsbiografie nur zu 32 % in befristeten Mietverhältnissen (vgl. Momentum Institut 2022 online).

Personen ohne Migrationsbiografie leben zu 26 % in privaten Mietverhältnissen und zu 24 % im gemeinnützigen Wohnbau, während Personen mit österreichischem Bildungsabschluss und Migrationsbiografie aus Drittstaaten zu 16 % im gemeinnützigen Wohnbau wohnen und 13 % mit ausländischer Bildung (Stadt Wien 2020: 141). Haushalte mit geringerem Einkommen betreffen die steigenden Mietkosten insbesondere; die Bewohner:innen geben nahezu 25 % ihres Einkommens für Wohnen und Energie aus.

Auch das Alter fällt ins Gewicht: Haushalte mit einem Durchschnittsalter zwischen 15 und 34 Jahren befinden sich zu knapp 40 % in befristetem Wohnraum, wohingegen solche mit einem Durchschnittsalter über 64 Jahren nur zu 6,6 % hiervon betroffen sind. Das Momentum Institut hat zudem untersucht, wie sich die Einkommenssituation in den Altersgruppen widerspiegelt. Hier lag das durchschnittliche Nettojahreseinkommen der 20- bis 29-Jährigen bei 16.900,- Euro, das der über 60-Jährigen bei durchschnittlich 43.000,- Euro netto.

Eine neue Studie konnte aufzeigen, dass Personen, die nicht dauerhaft an einem Ort wohnen, sondern entweder aufgrund der familiären oder der beruflichen Situation eine mobile Wohnbiografie haben, besonders schwer Zugang zu dauerhaft leistbarem Wohnraum finden. Diese Personen sind besonders auf den freien privaten Wohnungsmarkt angewiesen, der aber auch in Wien zunehmend von steigenden Mietpreisen geprägt wird (IBA 2022). Bereits frühere Studien haben auf den Umstand verwiesen, dass der Zugang für Personen mit mobilen Wohnbiografien von Prekarität, Informalität und Fluktuation geprägt ist, und sie sich oft auch in befristeten Wohnräumen wiederfinden (Aigner 2020; Kadi/Verlic 2019). Überdies ist Wien eine Stadt mit starkem Bevölkerungswachstum, die in den letzten Jahren besonders von Arbeitsmigration und Fluchtmigration geprägt wurde. Von 2002 bis 2020 ist der Anteil von Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft von 16,4 % auf 36,7 % gestiegen (vgl. IBA 2022, S. 4). Eine Ungleichverteilung gibt es auch hinsichtlich der Dauer der Befristungen und dem Zugang zu Wohnraum, werden doch Personen, die einen Namen haben, der scheinbar nicht österreichisch ist, oft bei der Wohnungssuche diskriminiert. Wichtig ist deshalb hervorzuheben, wie auch die IBA-Studie (2022) betont, die „binäre Unterscheidung zwischen Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen aufzulösen“. Forschende sollten sich bewusst sein, „welche Formen von Mobilität oder Immobilität überhaupt für den Zugang zum geförderten Wohnbau signifikant sind und wo die Grenzlinien gezogen werden“ (IBA 2022: 10). Translokale Mobilität wird dort als Norm und nicht als Ausnahme verstanden, wie sie auch in früheren migrationssoziologischen Studien von Salazar und Smart (2011) sowie Salazar und Glick Schiller (2014) im Rahmen des „mobilities research“ definiert wurden (IBA 2022: 8). Für zukünftige Bestimmungen von Zugang zu leistbarem und gefördertem Wohnraum hat die IBA-Studie daher verschiedene Kategorien von Personen gebildet, die in Zukunft und auch jetzt bereits Probleme haben, sich zu diesem Zugang zu verschaffen. Darunter fallen Prae- und Postdocs aus dem Ausland (Arbeitsmigration), geflüchtete Personen, Personen mit zirkulärer Wohnbiografie (wie z. B. Saisonarbeiter:innen) sowie immobile Nichtwiener:innen. Letztere gelten als solche, da sie meist aus Drittstaaten kommen und aufgrund ihres Aufenthaltsstatus rechtlich nicht gleichgestellt sind. Sie profitieren somit auch nicht von dem von der Stadt Wien vergebenen „Wien-Bonus“ (Stadt Wien 2021).

5 Ansätze der internationalen feministischen politischen Ökonomie zu Verschuldung von Haushalten

In der internationalen feministischen Forschung zur politischen Ökonomie wird die Bedeutung von Schulden besonders hervorgehoben, da Privathaushalte sich oft hoch verschulden, um ihr tägliches Leben zu finanzieren (Montgomerie 2021). Zudem sind die Löhne im internationalen Vergleich nicht gestiegen, sondern inflationsbereinigt eher gesunken, und aufgrund der aktuellen wirtschaftspolitischen Lage im Zeitraum 2022/23 ist hiervon auch weiter auszugehen. Viele Privathaushalte werden sich also weiterhin verschulden, um ihre alltäglichen Lebensbedürfnisse zu decken (vgl. Elson 2014; Karamessini/Rubery 2014). Schulden treffen besonders Frauen mit Migrationsbiografien und niedrigerem Einkommensstatus, und Verschuldung kann zu lebenslangen Vermögensverlusten führen.

Was wir aus der internationalen feministischen politischen Ökonomie lernen können, ist, dass die globale Wirtschaft immer stärker mit privaten Haushalten und unbezahlter Sorgearbeit verwoben ist: Steigende Hypothekenverschuldung, Konsumkredite und die Kreditwirtschaft dienen a) als Ausgleich für die Einkommensverluste der Haushalte in Bezug auf die Kreditkartenindustrie (Soderberg 2014) oder b) als Krisenmultiplikator für die Haushalte international. Im Laufe des Lebens verringern Hypothekenverschuldungen und Konsumkredite das Vermögen der Haushalte, wenn die Kredite nicht abgesichert sind oder Kredite zur Refinanzierung anderer täglicher Bedürfnisse aufgenommen werden (Montgomerie/Young 2010). Dies trifft auch in Wien auf einen Teil der Menschen mit Migrationsbiografie zu (Soederberg 2021). Alle diese Faktoren führen zu direkten Auswirkungen der Finanzialisierung auf private Haushalte und die gesellschaftliche soziale Reproduktionsarbeit von Frauen und Migrant:innen (Roberts 2013; Wöhl 2017). Finanzialisierung kann daher heute als eine Möglichkeit gesehen werden, den Haushalt direkt oder indirekt zu verarmen, persönlichen Schaden anzurichten und langfristig die Volkswirtschaft zu schwächen, insbesondere seitdem einkommensschwächere Haushalte mehr Zugang zu Krediten oder hypotheckenbesicherten Schuldverschreibungen erhalten haben (de Goede 2016; Elson 2014).

Diane Elson und Nilufer Cagatay (2000) haben bereits früh darauf hingewiesen, dass makroökonomische Maßnahmen allgemein und insbesondere in Zeiten von Finanzkrisen mit drei Arten von Verzerrungen einhergehen, wenn man auf die Situation der Frauen blickt: deflationäre Verzerrungen, Verzerrungen gegenüber männlichen Haushaltsernährern und Dekommodifizierungs-/Kommodifizierungs-Verzerrungen. In den letzten Jahren setzte die deflationäre Ausrichtung der Vollbeschäftigungspolitik auf eine niedrige Inflation, und die Eindämmung der Staatsverschuldung und der Staatsdefizite sind seit den 1990er Jahren Hauptprioritäten der Politikgestaltung. In der EU passiert dies durch die Konditionalität des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der eine maximale Staatsverschuldung von 60 % und ein Haushaltsdefizit von 3 % vorsieht, auch wenn diese Verschuldungsgrenzen nicht eingehalten werden. Diese Politik behindert den Eintritt und die Aufnahme von Frauen in die Vollzeitberufstätigkeit. Die Voreingenommenheit gegenüber weiblicher Vollzeitberufstätigkeit tritt besonders in Krisenzeiten in den Vordergrund, wenn, wie z. B. in der Asienkrise 1997, Frauen als nicht wichtig genug angesehen wurden, um zum Gesamteinkommen des Haushalts beizutragen, und im Fall von Südkorea gezwungen wurden, ihren Arbeitsplatz zu verlassen, wenn sie im selben Unternehmen wie ihr Ehemann arbeiteten (Elson 2014). In diesen Fällen wurde davon ausgegangen, dass Frauen über ihre Ehemänner Zugang zu Sozialleistungen des Staates haben und nicht als Garanten des Haushaltseinkommens zählen.

Die Tendenz zur Kommodifizierung oder Privatisierung geht davon aus, dass der private Sektor besser in der Lage ist, soziale Dienstleistungen, Infrastruktur oder Sozialleistungen bereitzustellen als der öffentliche Sektor. Einkommensschwache Haushalte werden dadurch anfälliger für Marktversagen, da sie weniger Zugang zu privaten Angeboten in verschiedenen Bereichen wie Kinderbetreuung, private Altenpflege, private Krankenhäuser usw. haben. Diese Verzerrungen verstärken sich in Krisenzeiten gegenseitig und werden insbesondere von zwei weiteren Verzerrungen begleitet: der Risikoverzerrung und der Gläubigerverzerrung, wie Brigitte Young, Diane Elson und Isabella Bakker (2011) gezeigt haben.

Die Risikoverzerrung entsteht dadurch, dass Frauen als risikoreichere Gläubigerinnen angesehen werden. Das Risiko wird stärker individualisiert und die Schuldnerin dadurch gefährdet, dass sie schlechtere Kreditkonditionen erhält, während sie eine viel riskantere Summe trägt. Dies ist auf die Annahme zurückzuführen, dass Frauen über weniger Besitz oder Ersparnisse verfügen und als risikoreichere Verbraucherinnen angesehen werden. Die Voreingenommenheit der Gläubiger ist darauf zurückzuführen, dass die Beziehung zwischen Finanzinstituten und Schuldner:innen asymmetrisch geworden ist: Der oder die Schuldner:in selbst trägt bei einem Bankausfall die Hauptlast (Schubert/Young 2011). Das konnte auch in der letzten Subprime-Krise in den USA beobachtet werden, wo einkommensarme Haushalte, besonders mit Migrationsbiografie, von dieser Verschuldung stark betroffen waren.

Diese Entwicklungen zeigen, dass die Auswirkungen von Finanz- und Wirtschaftskrisen für private Haushalte vielfältig sind und dass Frauen mit niedrigem Einkommen oft den Großteil der finanziellen Belastung oder der unbezahlten Arbeit im Haushalt tragen. Diane Elson (2014) und Ruth Pearson schlugen deshalb vor, nicht auf eine expansive Steuerpolitik zu setzen, um der Austerität entgegenzuwirken, sondern in soziale Infrastrukturen zu investieren, insbesondere im Pflegebereich. Investitionen solcher Art sind nachhaltiger und wirken dem ungleichen Wachstumsparadigma der letzten 30 Jahre entgegen.

Für eine sozial gerecht ausgestaltete Wohnungspolitik wäre zudem der Zugang zu sozialem Wohnbau für einkommensschwache und arme Teile der Wohnbevölkerung notwendig, für die der, wenn auch verhältnismäßig geringe Aufwand an Eigenmitteln oft zu hoch ist. Entlang der verschiedenen Diversitätsmerkmale sollte mehr geförderter Wohnraum bereitgestellt werden. Die in den letzten Jahren stattgefundenen Verschiebungen von Wohnraum zu Anlagekapital und die Zunahme von Wohnungs- und Konsumenten-Kreditvergaben, sind angesichts steigender Inflation und steigender Kreditzinsen im aktuellen Szenario zu hinterfragen, insbesondere hinsichtlich ihrer Leistbarkeit auch für Haushalte mit mittlerem Einkommen.

6 Schlussfolgerungen

Die Betrachtung von ausgewählten Diversitätsmerkmalen wie Geschlecht und Migrationsbiografie, die intersektional mit weiteren Merkmalen wie Alter und Erwerbseinkommen kumulieren, hat gezeigt, dass sich aufgrund der Entwicklungen auf den internationalen und nationalen Wohnungsmärkten eine Schieflage ergeben hat. Nur einem finanzstarken, mit EU- oder österreichischer Staatsbürgerschaft ausgestatteten Teil der Wohnbevölkerung ist es möglich, Zugang zu gefördertem und somit leistbarem Wohnraum zu erhalten. Finanzialisierungsprozesse auf den Immobilienmärkten auch in Wien, die nach wie vor bestehende hohe

Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen sowie der erschwerte Zugang für Menschen mit mobilen Migrationsbiografien sind Gründe dafür, dass die Möglichkeiten, sich um leistbaren Wohnraum zu bewerben, begrenzt sind. Für diverse Bevölkerungsgruppen sind die Voraussetzungen dafür nicht oder nur sehr schwer erfüllbar. Die internationale feministische politische Ökonomie hat diese Entwicklungen in ihrem Zusammenhang aufgezeigt – von der sozialen Reproduktion im Privathaushalt bis zu deren Zusammenhang mit Finanzialisierungsprozessen auf den internationalen Märkten. Somit kann sie als Grundlage für weitere Analysen dazu dienen, inwiefern intersektionale Ungleichheiten den Zugang zu leistbarem Wohnen erschweren und welche Veränderungen sowohl in den Arbeitsmärkten, der Pflege- und Gesundheitsvorsorge und auf den Wohnungsmärkten stattfinden müssten, um diesem Prozess entgegenzusteuern.

7 Literaturverzeichnis

Adams-Prassl, A. / Boneva, T. / Golin, M. / Rauh, C. (2020): Inequality in the impact of the coronavirus shock: Evidence from real time surveys. In: *Journal of Public Economics*, 189, 104245.

<https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2020.104245> (21.11.2022).

Aigner, A. (2020): What's wrong with investment apartments? On the construction of a 'financialized' rental investment product in Vienna. In: *Housing Studies*, 37 (3): 355-375. DOI:10.1080/02673037.2020.1806992.

AK Wien (2022a): Sofortprogramm fürs Wohnen, online: <https://www.arbeiterkammer.at/sofortprogramm-fuers-wohnen> (14.11.2022).

AK Wien (2022b): Preisschub bei Miete stoppen, online:

https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/konsument/Preisschub_bei_Mieten_stoppen.html (13.11.2022).

AK Wien (2021): Wohnungspolitik und Wohnversorgung. Bericht aus fünf wachsenden europäischen Millionenstädten, Standpunkte 37, Wien: AK.

Alon, T. / Doepke, M. / Olmstead-Rumsey, J. / Tertilt, M. (2020): The Impact of COVID-19 on Gender Equality, NBER Working Paper No. 26947, April 2020, National Bureau of Economic Research.

<https://doi.org/10.3386/w26947> (21.11.2022).

Alzinger, W. / List, E. (2020): Wohnkosten in Österreich, Wien. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

Bakker, I. / Gill, S. (2003): *Power, Production and Social Reproduction: Human In/security in the Global Political Economy*. London: Palgrave Macmillan.

De Goede M. (2016): Afterword: Gendering the Crisis. In: A. Hozic, A.A. / True, J. (eds): *Scandalous Economics. Gender and the Politics of Financial Crises*. Oxford: University Press, 266-278.

Elson D. / Cagatay N. (2000): The Social Content of Macroeconomic Policies, In: *World Development*, 28 (7), 1347-1364.

Elson, D. (2014): Economic crises from the 1980s to the 2010s: a gender analysis, In: Rai, S.M. / Waylen, G. (eds): *New Frontiers in Feminist Political Economy*. Abingdon: Routledge, 189-211.

- Fabian, C. / Müller, E. / Zingarelli, J. / Daurù, A. (Hg.) (2020): Housing First. Ein (fast) neues Konzept gegen Obdachlosigkeit. Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter; Schweizerische Gesellschaft für Sozialpsychiatrie, Sektion Deutschschweiz & Stiftung Pro Mente Sana. Basel & Zürich.
- Fukuda-Parr, S. / Heintz, J. / Seguino, S. (2013): Critical Perspectives on Financial and Economic Crises: Heterodox Macroeconomics meets Feminist Economics. In: *Feminist Economics*, 19 (3), 4-31.
- Heindl, G. (2020): Working. Women. Wohnen. Wohn-, Arbeits- und Alltagsraum-Konzept für Frauen*: solidarisch, leistungsfähig, leistungsfähig. Studie im Auftrag der Stadt Wien, Magistratsabteilung 50, Referat Wohnbauforschung und internationale Beziehungen, Wien.
- Heitzmann, K. / Pennerstorfer, A. (2021): Armutgefährdung und soziale Ausgrenzung von Ein-Eltern-Haushalten in Österreich, Wien: BMSGPK-Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.
- IBA_Wien (2022): Migration, Mobilität und Zugang zu gefördertem Wohnbau in Wien, Beiträge zur IBA _Wien 2022, Band 26, Wien.
- Kadi, J. (2015): Reconfiguring housing in formerly "Red" Vienna?. In: *Housing, Theory and Society*, 32 (3), 247-265.
- Kadi, J. / Verlic, M. (Hg.) (2019): Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. Stadtpunkte 27. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Karamessini, M. / Rubery, J. (eds.) (2014): *Women and Austerity. The Economic Crisis and the Future for Gender Equality*. Abingdon: Routledge.
- Momentum Institut (2022): <https://www.momentum-institut.at/news/teures-wohnen-es-droht-eine-mietpreis-spirale> (14.11.2022).
- Montgomerie, J. / Young, B. (2010): Home is where the Hardship is. Gender and Wealth (Dis)Accumulation in the Subprime Boom. In: CRESC Working Paper Series, 79, 2nd version February 2010, Manchester: Centre for Research on Socio-Cultural Change.
- Montgomerie, J. (2020): Indebtedness and Financialization in everyday Life. In: Mader, P. / Mertens, D. / van der Zwan, N. (eds.): *The Routledge Handbook of Financialization*. London: Routledge, 380-389.
- Rai, S.M. / Hoskyns, C. (2007): Recasting the Global Political Economy: Counting Women's unpaid Work. In: *New Political Economy*, 12 (3), 297-317.
- Roberts, A. (2013): Financing Social Reproduction: The Gendered Relations of Debt and Mortgage Finance in Twenty-first-century America. In: *New Political Economy*, 18 (1), 21-42.
- Salazar, N. B. / Glick Schiller, N. (2014). *Regimes of mobility: Imaginaries and relationalities of power*. London: Routledge.
- Salazar, N. B. / Smart, A. (2011). Anthropological takes on(im)mobility. In: *Identities*, 18 (6), i-ix.

Six, E. / Mader, K. / Lechinger, V. / Disslbacher, F. / Derndorfer, J. (2021): Frauen in der Krise? Folgen der Corona-Pandemie für die Verteilung der Sorgearbeit. In: Schriftenreihe „Frauen*Gesundheit*Wien“, 1, 161-170.

Soderberg, S. (2014): Debtfare States and the Poverty Industry: Money, Discipline and the Surplus Population. London: Routledge.

Soederberg, S. (2021): Urban Displacements: Governing Surplus and Survival in Global Capitalism. London: Routledge.

Springler, E. / Wöhl, S. (2020): The Financialization of the Housing Market in Austria and Ireland. In: Wöhl, S. / Springler, E. / Pachel, M. / Zeilinger, B. (eds): The State of the European Union. Fault Lines in European Integration. Wiesbaden: Springer VS, 155-173.

Stadt Wien (2020): MA 17 – Integration und Diversität. Integrations- und Diversitätsmonitor der Stadt Wien 2020.

Stadt Wien (2021). Wien-Bonus – Unser Stadtvorteil. Online unter <https://www.wien.gv.at/politik-verwaltung/wienbonus> (12.12.2022).

Tockner, L. (2017): Mieten in Österreich und Wien 2008 bis 2016. Studie der AK Wien. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte.

Wöhl, S. (2017): The Gender Dynamics of Financialization and Austerity in the European Union - The Irish Case. In: Kantola, J. / Lombardo, E. (eds.): Gender, Politics, and the Crisis in Europe. London: Palgrave Macmillan, 139-159.

Young B. / Elson, D. / Bakker, I. (2011): Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Young, B. / Schuberth, B. (2010): The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial governance on Gender. In: GARNET Policy Brief, 10.

Working Papers und Studien der Fachhochschule des BFI Wien

2022 erschienene Titel

Working Paper Series No 112

Johannes Jäger: Akkumulation, Regulation und Wohnungspolitik: Wege zu leistbarem und nachhaltigem Wohnen. Wien August 2022

2020 erschienene Titel

Working Paper Series No 111

Roland J. Schuster / Jürgen Radel: Dokumentation des Teaching Labs zum Lehrveranstaltungstyp Projektarbeit: Dieses Teaching Lab wurde im Rahmen des Projekts *Innovative Didaktik* durchgeführt. Wien Dezember 2020

Working Paper Series No 110

Michael Reiner: Der Report der High Level Group of Experts on Pensions der EU-Kommission – Impulse für die betriebliche Altersvorsorge in Österreich?. Wien November 2020

2019 erschienene Titel

Working Paper Series No 105

Harun Pačić: Rechtsethik des Daoismus – Eine Lesart des Tao-Te-King zur Philosophie des Weges im Streifzug durch seine 2 Bücher und 81 Kapitel. Wien März 2019

Working Paper Series No 106

Harun Pačić: Katholische Rechtslehre – Der Codex Iuris Canonici aus dem Jahr 1983. Wien März 2019

Working Paper Series No 107

Harun Pačić: Vergleichende Rechtslehre – Einführung in die Grundlagen der Rechtsvergleichung. Wien März 2019

Working Paper Series No 108

Andreas Nachbagauer / Iris Schirl-Böck / Edgar Weiss: Erfahrungen und Übertragungsmöglichkeiten von Human-Factors-Praktiken für den Umgang mit Unerwartetem in komplexen Projekten. Wien April 2019

Working Paper Series No 109

Harun Pačić: Europäische Demokratie – Der (Unions-)Begriff der Demokratie als Inbegriff der menschengerechten Rechtsstaatlichkeit. Wien August 2019

2018 erschienene Titel

Working Paper Series No 98

Michael Reiner / Robert Horvath: Das neue europäische private Altersvorsorgeprodukt PEPP (Pan European Personal Pension Product) und seine Marktgängigkeit im Binnenmarkt – Eine kritische Intervention. Wien Februar 2018

Working Paper Series No 99

Judith Brücker / Johannes Jäger / Andreas Nachbagauer: Regionale Headquarters lateinamerikanischer Multinationals in Wien. Wien April 2018

Working Paper Series No 100

Andreas Breinbauer / Sandra Eitler: Typologisierung der Headquarters in Wien im Hinblick auf die Nachhaltigkeit. Wien April 2018

Working Paper Series No 101

Johannes Leitner / Hannes Meissner: Politisches Risikomanagement aus der Perspektive österreichischer Managerinnen und Manager. Wien Mai 2018

Working Paper Series No 102

Andreas Nachbagauer / Iris Schirl-Böck / Edgar Weiss: Vom Umgang mit Unerwartetem – Human Factors-Praktiken für ProjektmanagerInnen. Wien Dezember 2018

Working Paper Series No 103

Nathalie Homlong / Elisabeth Springler: Auswirkungen chinesischer multinationaler Konzerne auf die globalen Arbeitsbedingungen und Europäischen Strategien. Wien Dezember 2018

Working Paper Series No 104

Andreas Breinbauer et al.: Emerging market multinationals in Europe: Implications for a smart location policy. Wien Dezember 2018

2017 erschienene Titel

Working Paper Series No 93

Andreas Nachbagauer / Barbara Waldhauser: Standortkriterien zur nachhaltigen Ansiedlung von regionalen Headquartern. Wien Juli 2017

Working Paper Series No 94

Andreas Breinbauer: Identifikation und Best Practice Beispiele für eine nachhaltige Standortentwicklung. Wien Juli 2017

Working Paper Series No 95

Edgar Weiss: Was das Projektmanagement von der Human Factors Forschung lernen kann – Möglichkeiten der Übertragung. Wien September 2017

Working Paper Series No 96

Gerhard Ortner / Iris Schirl-Böck: Erfolgreiches Management von Unsicherheit in Projekten. Wien September 2017

Working Paper Series No 97

Andreas Nachbagauer: Management des Unerwarteten: Eine organisationstheoretische Sicht. Wien September 2017

2016 erschienene Titel

Working Paper Series No 88

Roland Schuster: Essentials of the course „Organisational and Group Dynamics“, Writings on intervention science, (Degree Program SHRM, 3rd Semester). Wien Mai 2016

Working Paper Series No 89

Roman Anlanger / Wolfgang A. Engel / Roland J. Schuster: Gelebtes Corporate Social Responsibility in der Lehre. Wien Juni 2016

Working Paper Series No 90

Johannes Jäger / Bianca Bauer: Lateinamerikanische Multinationals und ihre Transnationalisierungsstrategien. Investitionspotenzial für Europa/Österreich/Wien. August 2016

Working Paper Series No 91

Andreas Breinbauer / Johannes Leitner: Die Internationalisierung türkischer und russischer multinationaler Unternehmen mit Bezug auf Österreich/Wien. August 2016

Working Paper Series No 92

Nathalie Homlong / Elisabeth Springler: Ökonomische Ansätze zur Erklärung der Attraktivität Europäischer Staaten für Chinesische Direktinvestitionen. April 2017

Studien 2016

Roman Anlanger / Wolfgang A. Engel / Roland J. Schuster / Gregor Weiche: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2016. Status quo des technischen Vertriebs. Wien September 2016

2015 erschienene Titel

Working Paper Series No 85

Andreas Nachbagauer: Charakterisierung eines Begriffes der sozioökonomischen Nachhaltigkeit für Headquarterstandorte. Wien April 2015

Working Paper Series No 86

Andreas Nachbagauer: Internationalisierungstheorien und sozioökonomische nachhaltige Entwicklung von Headquartern. Wien April 2015

Working Paper Series No 87

Johannes Jäger / Elisabeth Springler: Eigentumsstrukturen, grenzüberschreitende Investitionen und Entwicklungsdynamiken. Wien August 2015

Studien 2015

Roman Anlanger / Wolfgang A. Engel / Roland J. Schuster: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2015. Status quo des technischen Vertriebs. Wien Juni 2015

Fachhochschule des BFI Wien – Hochschule für Wirtschaft, Management & Finance
Wohlmutterstraße 22, A-1020 Wien
Tel.: +43/1/720 12 86
Fax: +43/1/720 12 86-19
E-Mail: info@fh-vie.ac.at
www.fh-vie.ac.at

